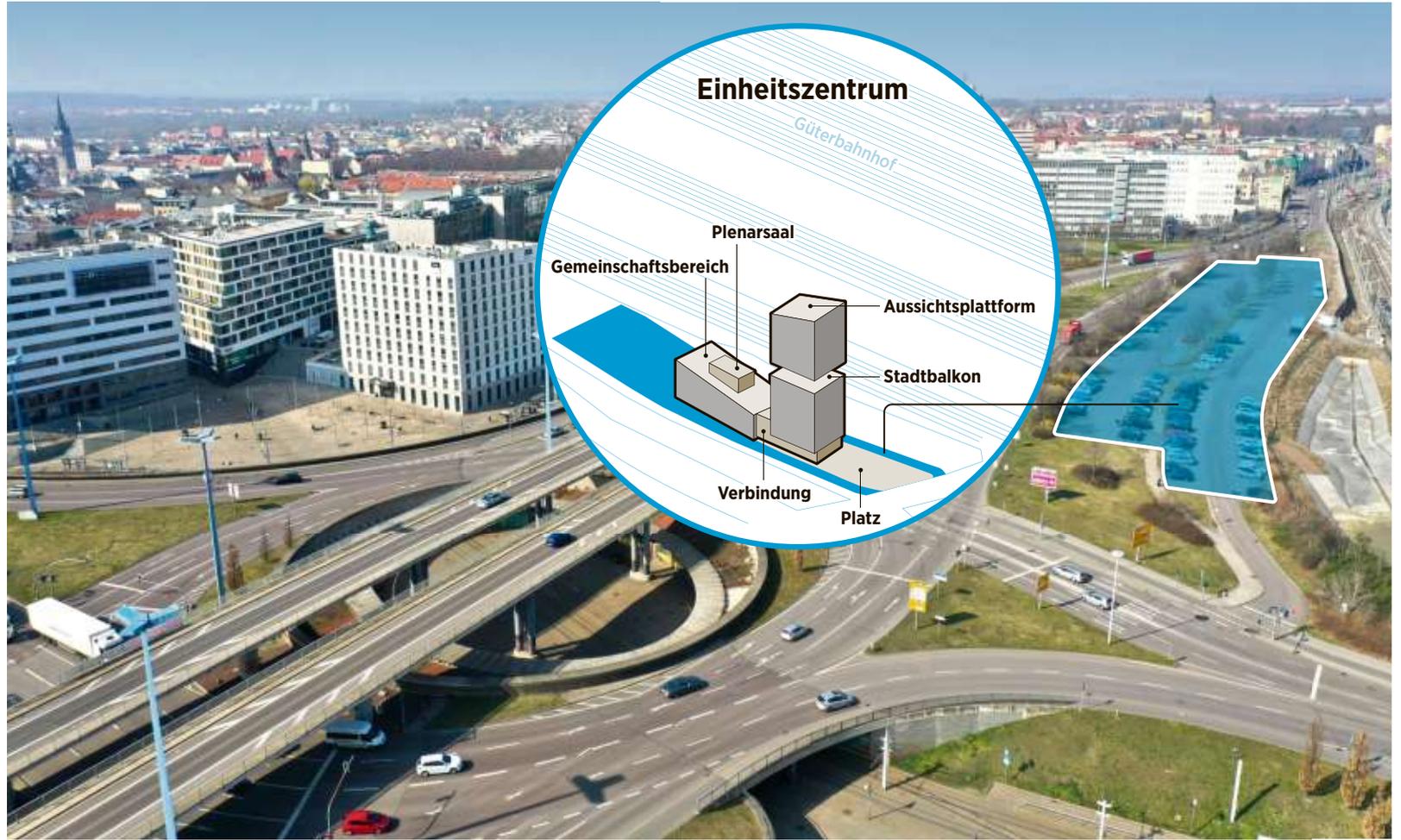


Weiche in Richtung Zukunft

TRANSFORMATION Wird Halle der Standort des Zukunftszentrums Deutsche Einheit? Vor der Jury-Entscheidung beleuchtet die MZ die zentralen Fragen zum Wettbewerb.



In ersten Projektskizzen ist ein 120-Meter-Hochhaus geplant, in das das Zentrum einzieht.

FOTO: STEFFEN SCHELLHORN/GRAFIK: MZ/BÜTTNER

HALLE/MZ - Monatlang haben sich die Bewerberstädte hübsch gemacht, jetzt hat die Jury das letzte Wort: Am kommenden Dienstag soll die Entscheidung fallen, in welcher ostdeutschen Stadt das neue Zukunftszentrum Deutsche Einheit gebaut wird. Für Sachsen-Anhalt ist Halle im Rennen – und die größte Stadt des Landes rechnet sich gute Chancen gegen die Mitbewerber aus. Doch auch in anderen Ost-Ländern sind die Hoffnungen groß. MZ-Redakteur **Jan Schumann** beantwortet die wichtigsten Fragen zur anstehenden Entscheidung.

1 Zukunftszentrum Deutsche Einheit: Was soll das sein?

Die Bundesregierung will ein Zentrum errichten, das zu gesellschaftlichen Umbrüchen forscht, aber auch Raum für Dialog, Kunst und Kultur bietet. Geboren wurde die Idee aus dem Gedanken, dass die Deutsche Einheit keineswegs vollkommen ist. Da die Umbrüche in Ostdeutschland hart waren und weil der Beitrag des Ostens „zum heutigen Deutschland nicht immer ausreichend gewürdigt wurde“, soll das Zukunftszentrum ganz bewusst im Osten aufgebaut werden, so die Bundesregierung. Das Zentrum soll die „Erfahrungen und Leistungen“ der Ostdeutschen seit 1990 sichtbar machen.

Keineswegs geht es aber nur um Museumsarbeit: „Das Zentrum soll ein Ort sein, an dem nach vorn geschaut wird“, betont Carsten Schneider (SPD), Ostbeauftragter der Bundesregierung. Es geht also auch um die Bewältigung neuer gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Umbrüche. Daher heißt der volle Titel auch: „Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“.

2 Wie soll das Zentrum aussehen, wenn es fertig ist?

Der Bau soll bis 2028 stehen – die Bewerberstädte haben dafür je-



„Wir wollen nicht nur der Sieger der Herzen sein.“

Reiner Haseloff (CDU)

Ministerpräsident

FOTO: DPA

weils erste Konzepte eingereicht. Die Bundesregierung will „ein Gebäude mit einer herausgehobenen modernen Architektur“. Sobald der Standort feststeht, soll noch 2023 ein Architekturwettbewerb starten und 2026 mit dem Bau begonnen werden. Die Stadt Halle will das Zentrum an den Riebeckplatz holen, den zentralen Verkehrsknoten in der City. Die Stadt wirbt damit, dass der Platz aufgrund seines ständigen Wandels im Lauf der Jahrzehnte selbst das beste Beispiel für Umbruch sei.

3 Wer bewirbt sich außer Halle um den künftigen Standort?

Frankfurt (Oder) wurden seit Beginn gute Chancen eingeräumt. Die brandenburgische Stadt an der Grenze zu Polen ist Standort der Europa-Universität Viadrina. Auch Halles sächsische Nachbarstadt Leipzig ist im Rennen, sie bewirbt sich zusammen mit Plauen im Vogtland. Aus Thüringen bewerben sich Jena und Eisenach. Die Jury bereiste alle Standorte.

Was gegen Frankfurt spricht: Nach Umfragen des Meinungsinstituts Forsa wollen 59 Prozent der Befragten, dass das neue Zentrum möglichst zentral liegt.

4 Wie genau will Halle bei der Jury punkten?

Sowohl die Stadt als auch die Lan-

desregierung sehen Halle als bestmöglichen Standort: Die Stadt verkörpere Transformation und Umbruch seit Jahrzehnten. Bürgermeister Egbert Geier (SPD) betont, die Bewerbung werde von der gesamten Region getragen: Das Zukunftszentrum werde in Halle „nicht als Elfenbeinturm gedacht wird, sondern als ein lebendiger Ort des Dialogs in einer Stadt im Herzen Deutschlands und Europas“. Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) sagte der MZ jüngst: „Wir wollen nicht nur der Sieger der Herzen sein.“ Halle sei ein „idealer Ort“ für solch ein Zukunftszentrum, so Haseloff. Es sei ein vielversprechendes Projekt, „um die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte wissenschaftlich und kulturell zu verarbeiten und vor allem Zukunftsperspektiven aufzuzeigen“.

5 Wer ist die Jury, die jetzt den Daumen hebt oder senkt?

Zum Kreis der 15 Juroren gehören unter anderem die frühere Stasiunterlagen-Bbeauftragte Marianne Birtler, der frühere Innenminister Thomas de Maizière (CDU) und Brandenburgs Ex-Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD). Ebenfalls dabei: Cornelia Pieper (FDP) aus Halle und die SPD-Bundestagsabgeordnete Katrin Budde aus Magdeburg.